I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2016

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2016 informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2016 an insgesamt 22 Sitzungstagen während rund 195 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 23 Sitzungstage, ca. 197 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 21. Januar 2016 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung begann am 2. März 2015, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 2. Dezember 2016. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9.3 Stunden. Im Jahr 2016 wurden 195 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 176). 98 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 67). Zudem behandelte der Landtag 15 Finanzvorlagen und 24 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 26 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 25-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurden 14 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 13) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Aktuelle Stunde wurde 3-mal abgehalten, 5-mal wurde darauf verzichtet. Im Berichtsjahr wurden 11 parlamentarische Eingänge eingereicht (Vorjahr 20), davon 6 Postulate, 2 Motionen und 3 Interpellationen. Die Postulate handelten von den folgenden Themen: Wohneigentum für den Mittelstand (2-mal); Arbeitnehmende über 50; Bürokratieabbau; Zukunftsfonds; Mitspracherechte des Landtags bei der Finanzplanung. Die Motionen betrafen die Neuregelung der Mutterschaftsversicherung sowie die Aufhebung von Ungleichbehandlungen bei Löhnen in der Landeswährung. Die Interpellationen handelten von den folgenden Themen: Finanzausgleich; Nachhaltige Entwicklungsziele 2015 bis 2030 der Vereinten Nationen; Risiko Erwerbsarmut. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten 144 Kleine Anfragen an die Regierung (Vorjahr 183). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen. Erstmals seit 1999 beschloss der Landtag anlässlich der November-Sitzung 2015 die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Der PUK-Bericht wurde im Dezember-Landtag 2016 zur Kenntnis genommen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Albert Frick mit den Abgeordneten Christine Wohlwend, Christoph Wenaweser, Herbert Elkuch und Wolfgang Marxer tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 1-mal.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte 2016 in 8 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Albert Frick (Vorsitz) und die Abgeordneten Alois Beck, Karin Rüdisser-Quaderer, Pio Schurti und Thomas Lageder als Mitglieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte

der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem periodisch über aktuelle Entwicklungen betreffend den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Als wichtiges Thema stand insbesondere das Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen im Fokus der Beratungen. Des Weiteren wurden u.a. die folgenden Traktanden behandelt: Übereinkommen des Europarates und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen sowie die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, die Beteiligung von Liechtenstein am EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021, das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus, das Strafrechtsübereinkommen über Korruption und das Zusatzprotokoll zum Strafrechtsübereinkommen, das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren, das Übereinkommen über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit internationaler nichtstaatlicher Organisationen, das Zweite Protokoll zur Haager Konvention von 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Das Treffen mit der Vize-Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) am 14. November 2016 stellte einen Höhepunkt im Berichtsjahr dar. Die Vize-Präsidentin erläuterte die Institution IKRK und machte Ausführungen zu den aktuellen Feldoperationen und Projekten des IKRK. Sie betonte, dass Liechtenstein der grösste pro Kopf Beitragszahler des IKRK sei. In absoluten Zahlen seien die USA der grösste Beitragszahler. Auf Einladung der bulgarischen Parlamentspräsidentin Tsetska Tsacheva stattete Landtagspräsident Albert Frick am 10. Februar 2016 der bulgarischen Nationalversammlung einen Besuch in Sofia ab. Im Rahmen dieses Besuchs nahm der Landtagspräsident zudem an der Konferenz «Democratic Security based on European Unity and Cooperation» teil, welche vom bulgarischen Parlament aufgrund des Vorsitzes Bulgariens im Ministerkomitee des Europarates organisiert wurde. Am 17. März 2016 besuchte eine bulgarische Parlamentarierdelegation unter Leitung der Parlamentspräsidentin Tsetska Tsacheva den Landtag. Landtagspräsident Albert Frick nahm auf Einladung des polnischen Parlamentspräsidenten Marek Kuchcinski am 15. April 2016 an den offiziellen Feierlichkeiten betreffend die Gründung und Christianisierung von Polen vor 1'050 Jahren in Posen teil. Im Rahmen der vor Ort Besuche von liechtensteinischen Botschaften besuchte die APK im Berichtsjahr die Liechtensteinische Botschaft in Strassburg. Anlässlich dieses Besuches fanden Treffen mit Pedra Agramunt (Spanien), dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sowie Wojciech Sawicki (Polen), dem Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, statt. Ausserdem ein Treffen mit dem Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland (Norwegen) und Anne Brasseur (Luxemburg), der ehemaligen Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Eine Besichtigung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte mit anschliessendem Gesprächstreffen mit Richter Carlo Ranzoni, welcher seit 2015 Liechtenstein im Gerichtshof für Menschenrechte vertritt, war ein weiteres Highlight dieses Besuchs in Strassburg.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2016 von den Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Wendelin Lampert, Thomas Vogt und Herbert Elkuch sowie dem Stv. Abgeordneten Patrick Risch gebildet. In 15 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Käufe und Verkäufe von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Berichte der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Jahresberichterstattung der öffentlich rechtlichen Unternehmen etc.) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende Behandlungsthemen: Abschlussbericht zum Projekt zur Sanierung des Landeshaushalts; Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung; Abänderung des Steuergesetzes bezüglich der Erhöhung der Mindestertragssteuer; Abänderung Asyl- und Ausländergesetz; Verpflichtungskredit für den Bau eines Dienstleistungszentrum für die Landesverwaltung in Vaduz; Agrarpolitischer Bericht 2016; Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei bezüglich Sanitätsnotruf; Verpflichtungskredit für den Neubau des Stützpunktes des Liechtensteinischen Roten Kreuzes in Vaduz; Aufhebung des Gesetzes über die Bildung eines Zukunftsfonds; Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes; Verpflichtungskredit für den Neubau der sozialpädagogischen Jugendwohn-

gruppe des Vereins für betreutes Wohnen; Staatsbeitrag an die Förderstiftung MINT Initiative Liechtenstein; Verpflichtungskredit für die Ausrichtung von Fördermitteln an nationale Forschungseinrichtungen. Zudem trifft sich die Finanzkommission traditionell jährlich mit der Liechtensteinischen Landesbank AG zu einem Informationsaustausch.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 10 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Wolfgang Marxer (Vorsitz), Peter Büchel, Rainer Gopp und die stellvertretenden Abgeordneten Thomas Rehak und Peter Wachter an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews, der Überprüfung der Eigner- und Beteiligungsstrategien (Beteiligungscontrolling) sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u.a. zur Landesrechnung) lag das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr 2016 auf folgenden Themenbereichen: Netzproblematik LKW, privatrechtliche Arbeitsverträge bei öffentlichen Stiftungen, Gutachten der Regierung, Justizpflegebericht bzw. Revision der Gerichte sowie die vakanten Amtsleiterstellen beim Amt für Personal und Organisation und beim Amt für Soziale Dienste. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Amt für Justiz, dem Amt für Umwelt sowie dem Amt für Kultur einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Ämter. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagspräsidium

Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller gehörten die Fraktionssprecher Christine Wohlwend (FBP), Christoph Wenaweser (VU), Harry Quaderer (DU), Helen Konzett Bargetze sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium trat im Berichtsjahr zu 9 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Des Weiteren wurden im Besonderen die nachfolgenden Themen beraten: Geschäftsordnungsinterpretation im Zusammenhang mit der Verlesung von kurzen Zitaten zur Begründung eines Votums, Abänderung des Antragsrechtes auf Lesung durch Gesetzesaufruf in der Geschäftsordnung, Festlegung der Termine der Landtagssitzungen per 2017, Festlegung des Budgetentwurfs des Landtags per 2017, Personalanträge der Datenschutzstelle, Anträge auf Teilnahme an Wahlbeobachtungen, Anfrage betreffend die Nutzung des Landtagssaals durch den Jugendrat (Session), Anfragen betreffend Treffen mit schweizerischen Kantonsratspräsidien, Beratung des Bestellungsvorschlags der Regierung zur Wahl eines Datenschutzbeauftragten. Die Ratsleitung des Kantonsrates von Obwalden stattete dem Landtagspräsidium am 28. April einen Besuch ab. Neben politischen Gesprächen waren ein Besuch des Landesmuseums sowie der Firma Hilcona AG weiterer Teil des Programms. Am 19. Mai war das Landtagspräsidium Gast beim Präsidium des Kantonsrates St. Gallen. Auf dem Programm standen im Besonderen politische Gespräche zwischen den beiden Präsidien, der Besuch einer Sitzung der Finanzkommission des Kantonsrates, ein Gespräch mit dem Rektor der HSG sowie eine geführte Besichtigung der Stiftsbibliothek des Klosters St. Gallen. Am 20. Juni 2016 konnte Landtagspräsident Albert Frick sowohl die Präsidentin des schweizerischen Nationalrates Christa Markwalder als auch am 25. November 2016 den Präsidenten des schweizerischen Ständerates Raphael Compte zu einem Höflichkeitsbesuch beim Landtag begrüssen. Des Weiteren fand am 13. September 2016 ein Besuch des norwegischen Parlamentspräsidenten Olemic Thommessen und einer norwegischen Parlamentarierdelegation beim Landtagspräsidenten statt. Landtagspräsident Albert Frick nahm in Begleitung von Landtagssekretär Josef Hilti am 15. und 16. September 2016 an der alle zwei Jahre stattfindenden Parlamentspräsidenten Konferenz des Europarates in Strassburg teil. Die Themen der Konferenz waren: Promoting democracy, human rights and the rule of law; Mobilisation of Parliaments against hate for inclusive and non-racist societies. Ausserdem empfing Landtagspräsident Albert Frick am 27. Oktober 2016 den isländischen Parlamentspräsidenten Einar Gudfinnson in Begleitung des isländischen Parlamentssekretärs Helgi Bernodusson zu einem Höflichkeitsbesuch in Liechtenstein.

EWR-Kommission

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Christian Batliner (Vorsitz), Christoph Beck und der stellvertretende Abgeordnete Thomas Rehak überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2016 wurden 405 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 8'773) durch 250 Beschlüsse (total seit Abkommen 3'834) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Manfred Batliner, Thomas Vogt, Pio Schurti und Thomas Lageder trat im Berichtsjahr zu 4 Sitzungen zusammen (davon 1 per Telefonkonferenz), um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidaten wurden allesamt gewählt.

Landtagskommissionen – Untersuchungskommissionen

Gem. Art. 70 der Geschäftsordnung für den Landtag kann der Landtag zur Feststellung von Tatsachen sowie zur Abklärung von Verantwortlichkeiten Untersuchungskommissionen einsetzen. Der Landtag beschloss im November 2015, erstmals seit 1999 wieder eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen und zwar im Zuge der notwendig gewordenen Sanierung der Liechtensteinischen Post AG. Der Auftrag an die PUK lautete dabei wie folgt: Dokumentation und Untersuchung des Projekts «eSolutions»; Untersuchung und Klärung der Verantwortlichkeiten für die wesentlichen Entscheidungen; Einhaltung von Gesetzen und Vorgaben durch die Regierung, den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung, die Generalversammlung, die Revisionsstelle und die externen Berater; Dokumentation der Übernahme- und Beraterkosten. Die PUK bestand aus den Abgeordneten Erich Hasler (Vorsitz), Helen Konzett Bargetze, Pio Schurti und den Stv. Abgeordneten Norman Marxer und Manfred Kaufmann. Mit Rudolf Fehr konnte zudem ein ehemaliger Richter als juristischer Experte gewonnen werden. Die PUK nahm ihre Tätigkeit am 19. November 2015 auf und tagte insgesamt 35-mal. Zudem wurden während einer ganzen Woche die Befragungen der involvierten Parteien und Zeugen durchgeführt. Im Dezember-Landtag des Berichtsjahres wurde der 545 Seiten umfassende PUK-Bericht schliesslich im Landtag diskutiert und die kontroverse Debatte nahm einen ganzen Tag bis spät in den Abend in Anspruch. Mit der Behandlung des PUK-Berichts im Landtag endete auch automatisch die Tätigkeit der Kommission. Sowohl die PUK-Mitglieder als auch der Parlamentsdienst hatten dabei eine enorme zusätzliche Arbeit zum normalen Arbeitspensum zu bewältigen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Parlamentsdienst bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats, das aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente besteht. Die Versammlung besteht aktuell aus rund 648 Mitgliedern, darunter 324 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg setzte sich im Jahr 2016 aus den Abgeordneten Rainer Gopp (Delegationsleiter) und Judith Oehri als ordentliche Mitglieder, sowie Karin Rüdisser-Quaderer und dem stellvertretenden Abgeordneten Hubert Lampert als Ersatzmitglieder zusammen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie das grösste politische Forum Europas. Im Berichtsjahr fanden neben diversen Ausschusssitzungen insgesamt vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg statt, an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war (25. bis 29. Januar; 18. bis 22. April; 20. bis 24. Juni; 10. bis 15. Oktober). Nachdem der russischen Delegation im Jahr 2014 die Stimmrechte entzogen und dieses im 2015 weiter ausgesetzt wurde, reichte die Delegation im Berichtsjahr keine Beglaubigungsschreiben ein und nahm somit an den Versammlungen nicht teil. Dominierende Themen der Versammlung waren der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie die Flüchtlingskrise in Europa zu denen verschiedene Entschliessungen verabschiedet wurden. Ebenfalls wurde über die nachstehenden Themen debattiert: Ausländische Kämpfer in Syrien und im Irak; Die kürzlich erfolgten Übergriffe gegen Frauen in europäischen Städten – die Notwendigkeit einer umfassenden Reaktion; Die Eskalation der Gewalt in Berg-Karabach und den weiteren besetzten Gebieten Aserbaidschans; Korruption in der Justiz; die Affäre der «Panama Papers» und die Besorgnis um die steuerliche, soziale Gerechtigkeit und das Vertrauen in unsere demokratischen Systeme; Nach den Anschlägen von Brüssel: die dringende Notwendigkeit, Sicherheitsschwachstellen zu beseitigen und die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zu verstärken; Die Bewertung der Auswirkungen von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Vertretung von Frauen; Die humanitären Sorgen in Bezug auf Menschen, die während des Krieges in der Ukraine in Gefangenschaft geraten sind; Gefährdete Flüchtlinge in Griechenland; Bekämpfung der Übersexualisierung von Kindern; Die Funktionsweisen demokratischer Institutionen in der Türkei; Sport für alle: eine Brücke zu Gleichstellung, Integration und sozialer Inklusion.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer als ordentliche Mitglieder, sowie dem Abgeordneten Eugen Nägele und dem stellvertretenden Abgeordneten Manfred Kaufmann als Ersatzmitglieder zusammen. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz an den Sitzungen vertreten. Die Delegation nahm am 23. Februar an einer Konferenz des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zum Thema aktueller Handelsfragen in Brüssel teil. Das Treffen mit der EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, bot die Gelegenheit, die neue Handels- und Investitionsstrategie der Europäischen Union «Handel für alle» welche im Oktober 2015 vorgestellt wurde zu diskutieren. Das 46. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand am 19. und 20. Mai in Vaduz statt. Dabei wurden Beschlüsse zu den Themen «Single Market Strategy for Goods and Services» und «Collaborative Economy» verabschiedet. Am 27. Juni nahm die Delegation am 112. CMP-, 79. MPS-Meeting sowie am 54. EFTA-Ministertreffen und am 17. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Bern teil. Das Parlamentarierkomitee wurde über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen sowie über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen informiert. Ebenso wurden die Beziehungen Grossbritanniens zur Europäischen Union und die Konsequenzen aus dem Brexit-Referendum diskutiert. Vom 3. bis 4. Oktober nahm die Delegation an einem Arbeitsbesuch in Manila teil. Mit dem Besuch verfolgte die EFTA-Delegation das Ziel, das kürzlich unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und den Philippinen mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensgruppen zu diskutieren und den laufenden Ratifikationsprozess zu unterstützen. Anschliessend nahm die Delegation vom 5. bis 7. Oktober an einem Arbeitsbesuch in Hanoi teil. Ziel des Besuchs war die politische Unterstützung für die laufenden Verhandlungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Vietnam. Am 21. November nahm die Delegation am 113. CMP-, 80. MPS-Meeting sowie am 55. EFTA-Ministertreffen in Genf teil. Dabei wurde das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen informiert. Am 15. November fand ein Treffen der EWR/EFTA-Minister mit dem Parlamentarier- sowie Konsultativkomitee in Brüssel statt. Dieses Treffen bietet den beteiligten Gremien die Möglichkeit sich über die neusten Entwicklungen im EWR auszutauschen. Die Minister informierten das Komitee über die Diskussionen im EWR-Rat zur allgemeinen Funktionsweise des EWR-Abkommens sowie über den politischen Dialog und weitere derzeit aktuelle Themen wie die Beziehungen Grossbritanniens zur EU. Anschliessend fand ein Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee statt. Im Mittelpunkt dieses regelmässig stattfindenden Treffens steht der gegenseitige Informationsaustausch. Das 47. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand am 14. und 15. Dezember in Strassburg statt. Es wurde ein Beschluss zum «Jahresbericht 2015 über das Funktionieren des EWR-Abkommens» verabschiedet.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechten. Die OSZE PV vereint 323 Abgeordnete aus 57 Teilnehmerstaaten. Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Jahr 2016 aus den Abgeordneten Karin Rüdisser-Quaderer (Delegationsleiterin) und Helen Konzett Bargetze als ordentliche Mitglieder sowie den Abgeordneten Judith Oehri und Elfried Hasler als Ersatzmitglieder zusammen. Die Delegation war im Berichtsjahr an der Wintertagung, an der Jahrestagung wie auch an der Herbsttagung vertreten. Die 15. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand am 25. und 26. Februar in Wien statt. An den Sitzungen der drei Ausschüsse wurden die Themen für die Jahrestagung erläutert und spezifiziert. Ausserdem fand eine Spezialdebatte zum Thema «Die Migrations- und Flüchtlingskriese in der OSZE-Region» statt an der Christos Stylianides, EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenschutz, sprach. Die 25. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 1. bis 5. Juli in Tiflis statt. Die Jahrestagung stand unter dem Thema «25 Jahre parlamentarische Zusammenarbeit: Vertrauensbildung durch Dialog». Im April 1991 waren in Madrid Parlamentsmitglieder der Vorgängerorganisation – Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – zusammengekommen um die KSZE mit einer parlamentarischen Versammlung auszustatten. Den Grundstein zur Gründung der Parlamentarischen Versammlung erfolgte mit der Charta von Paris für ein neues Europa welche bereits im November 1990 von den Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedstaaten beschlossen wurde. An der Jahrestagung wurden u.a. folgende Themen debattiert: Rechte von Flüchtlingen; Wiederaufnahme der Europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt; Dreissigster Jahrestag des Tschernobyl Desasters; Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf der Krim; Die Sicherheitsherausfor-

derungen der Migration sowie der Konflikt in Georgien. Am Ende der Tagung wurde Christine Muttonen (Österreich) als neue Präsidentin der Versammlung gewählt. Abschliessend wurde die «Tiflis Deklaration» verabschiedet, welche sämtliche 57 Mitgliedstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 30. September bis 2. Oktober in Skopje statt. Aufgrund der zeitlichen Überscheidung mit der Landtagssitzung konnte nur die Abg. Helen Konzett Bargetze an der Tagung teilnehmen. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung die Möglichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Die Interparlamentarische Union (IPU) ist eine weltweite Organisation von mittlerweile 170 Staaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen. Der liechtensteinischen Delegation bei der IPU gehörten Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin), der stellvertretende Abgeordnete Helmuth Büchel als ordentliches Mitglied sowie die Abgeordneten Wolfgang Marxer und Pio Schurti als stellvertretende Delegationsmitglieder an. Wie in den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben verschiedenen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 134. IPU-Konferenz tagte vom 17. bis zum 23. März in Lusaka/Sambia, die 135. IPU-Konferenz fand vom 21. bis zum 27. Oktober in Genf statt. An beiden Sitzungen war die liechtensteinische Delegation durch Violanda Lanter-Koller und Helmuth Büchel sowie Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten. Ein Hauptthema der Sitzungen waren die Flüchtlingskrise und Migration. Insbesondere wurde diskutiert, wie Millionen von Kindern ohne zivilrechtlichen Status eine Identität gegeben werden kann. Als dringliches Traktandum wurde die humanitäre Situation in Syrien, insbesondere in Aleppo behandelt. Weiter wurden wiederkehrende Themen wie der Kampf gegen den Terrorismus, die Stärkung der Parlamente und das Jahresprogramm 2017 inkl. Budget besprochen.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Der Kanton Zürich hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (46. Sitzung) fand am 22. April 2016 an der Zürcher Hochschule der Künste unter dem Vorsitz der Kantonsratspräsidentin Theresia Weber-Gachnang statt. Den liechtensteinischen Landtag vertraten Präsident Albert Frick und die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze. Prof. Michael Eidenbenz, Mitglied der Hochschulleitung und Direktor des Departements Musik, begrüsste zu Beginn die Konferenzteilnehmer. Schwerpunktthemen der Tagung waren dabei: Die strategische Neuausrichtung der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) und die Rolle der Parlamentarier-Konferenz Bodensee – diesbezüglich wurde zu vertiefenden Abklärungen eine Arbeitsgruppe initiiert (Mitglied Landtagspräsident Albert Frick); Fischereierträge aus dem Bodensee; Einheitliche Funkfrequenz für die Schifffahrt auf dem Bodensee; Bericht zur Arbeitsgruppe Verkehrslösungen im Bodenseegebiet (Mitglied der Arbeitsgruppe: Abg. Helen Konzett Bargetze). Die alljährliche Präsidentenkonferenz fand im Berichtsjahr am 24. Juni im Haus Rechberg in Zürich statt. Unter Beisein des Landtagspräsidenten Albert Frick wurde die Thematik «Kulturlastenausgleich» diskutiert. Diese Treffen dienen zum einen der Pflege von bestehenden und zum anderen dem Knüpfen von neuen Kontakten sowie dem Ausbau des Netzwerkes innerhalb der Bodenseeregion. Die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (47. Sitzung) fand am 21. Oktober 2016 am Flughafen in Zürich unter dem Vorsitz des Kantonsratspräsidenten Rolf Steiner statt. Der Landtag war durch Präsident Albert Frick und die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze vertreten. Da Liechtenstein 2017 den Vorsitz innehaben wird, waren zudem Landtagssekretär Josef Hilti und Landtagssekretär-Stellvertreter Philipp Pfeiffer zugegen. Die folgenden Themen standen an der 47. Sitzung auf der Tagesordnung: Revision des Statuts der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (IPBK) – diesbezüglich war die im Frühjahr eingesetzte Arbeitsgruppe unter dem Mitwirken von Landtagspräsident Albert Frick tätig. Im Zuge der Revision des Statuts soll eine Stärkung der Strukturen der IPBK erfolgen und die Kontinuität der Arbeit soll besser abgesichert werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Steuerungsausschuss initiiert, zu dessen Unterstützung ein länder- bzw. kantonsübergreifendes IPBK-Sekretariat eingesetzt wird. Das Statut wurde schliesslich an der Sitzung genehmigt und ist ab 1. Januar 2017 gültig. Zudem wurde abermals die einheitliche Funkfrequenz für die Schifffahrt auf dem Bodensee diskutiert. Zum Abschluss übergab Kantonsratspräsident Rolf Steiner die Glocke der Sitzungsleitung in einem symbolischen Akt an Landtagspräsident Albert Frick. Liechtenstein wird trotz der im Februar stattfindenden Landtagswahlen den Vorsitz 2017 innehaben. Die Frühjahrstagung wird deshalb allerdings erst am 19. Mai 2017 stattfinden (Präsidentenkonferenz am 23. Juni, Herbsttagung am 20. Oktober).

Parlamentsdienst

Die Aufgaben des Parlamentsdienstes sind in Art. 17 GOLT umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Heute besteht der Parlamentsdienst aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten, einer Teilzeit-Mitarbeiterin und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Zudem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Inbetriebnahme im Jahre 1990 insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Der Parlamentsdienst verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung inklusive den Schreibkräften über 6.4 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2016

Eröffnungssitzung vom 21. Januar 2016

- Thronrede S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten
  Die Ansprache wird gehalten.
- Wahl des Landtagspräsidenten
  Als Landtagspräsident wird gewählt: Albert Frick
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Als Landtagsvizepräsidentin wird gewählt: Violanda Lanter-Koller
- Wahl der Schriftführer
  Als Schriftführer werden gewählt:
  - Abg. Christoph Beck
  - Abg. Johannes Kaiser
- Gewählterklärung von Rainer Gopp
  Rainer Gopp wird für den Rest der Mandatsperiode als ordentlicher Abgeordneter für gewählt erklärt.
- Gewählterklärung von Hubert Lampert
  Hubert Lampert wird für den Rest der Mandatsperiode als stellvertretender Abgeordneter für gewählt erklärt.
- Vereidigung von Herrn Hubert Lampert zum stellvertretenden Abgeordneten
  Die Vereidigung von Hubert Lampert wird durchgeführt.
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
  In die Aussenpolitische Kommission werden gewählt:
  - Landtagspräsident Albert Frick, Vorsitz
  - Abg. Alois Beck
  - Abg. Thomas Lageder
  - Abg. Karin Rüdisser-Quaderer
  - Abg. Pio Schurti
- Wahl der Finanzkommission
  In die Finanzkommission werden gewählt:
  - Abg. Johannes Kaiser, Vorsitz
  - Abg. Herbert Elkuch
  - Abg. Wendelin Lampert
  - Stv. Abg. Patrick Risch
  - Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
  In die Geschäftsprüfungskommission werden gewählt:
  - Abg. Wolfgang Marxer, Vorsitz
  - Abg. Peter Büchel
  - Abg. Rainer Gopp
  - Stv. Abg. Thomas Rehak
  - Stv. Abg. Peter Wachter
- Ersatzwahlen in die Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates
  Als Ersatz werden gewählt:
  - Abg. Rainer Gopp, Delegationsleiter
  - Stv. Abg. Hubert Lampert, stellvertretendes Mitglied

Öffentliche Landtagssitzung vom 2./3./4. März 2016

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. März 2016
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. November 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. Dezember 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 21. Januar 2016
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Busbuchten
  - Wirkung der Förderung «anderer Massnahmen» gemäss Energieeffizienzgesetz
  - finanzielle Auswirkungen der Massnahmen mit genereller Betroffenheit auf die natürlichen Personen in verschieden Einkommensklassen
- Anfrage der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - Motorfahrzeugkontrolle
- Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Arbeitsvergaben – gleich lange Spiesse auf beiden Seiten des Rheins
  - öffentliches Auftragswesen, die Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping im Rahmen des ÖAWG
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  - 46. Weltwirtschaftsforum in Davos

- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - Elektrofahrzeuge in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Strompreise der LKW
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Verschärfung des Sexualstrafrechts
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Steuergeldexport nach China und Indien
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - FL-Regierung und S-Bahn FL.A.CH
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Arbeitslosenstatistik
  - gestiegene Laborkosten
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - katholische Kirche
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Teilnahme am WEF in Davos
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Liegenschaften fair besteuern
  - Status der Verkehrsprojekte
  - ärztlicher Notfalldienst
- Anfragen des Abg. Rainer Gopp:
  - Umfrage anlässlich der LIHGA 2014 zum Thema Verkehr
  - Kaderstellen bei der Landesverwaltung
- Anfrage der Abg. Christine Wohlwend:
  - Kindergeld
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Höhe des Taxpunktwertes in Liechtenstein
  - Steuerentlastung von Einkommen in einer Aktiengesellschaft
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Krankenkassenprämien
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Silvesterfeuerwerk
  - Burn-out in der Landesverwaltung
  - Elternvereinigungen
  - Burn-out-Klinik
  - FATCA
- Aktuelle Stunde: Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wo harzt es und was braucht es?
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Interpellationsbeantwortung zur Verteilungsgerechtigkeit von Vermögen und Einkommen (Nr. 12/2016)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat für einen soliden Zukunftsfonds der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 1. Februar 2016
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat für mehr Mitspracherechte des Landtags bei der Finanzplanung der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 1. Februar 2016
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Ersatzmitgliedes für die FMA-Beschwerdekommission für die restliche Mandatsperiode bis 31.12.2019
  Als Ersatzmitglied für die FMA-Beschwerdekommission wird gewählt:
  - Frau Andrea Kaiser-Kreuzer, Tannwald 19, 9488 Schellenberg
- Abänderung des Treuhändergesetzes (TrhG) (Nr. 83/2015) [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 1/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (EWR-Leerverkaufsverordnung-Durchführungsgesetz; EWR-LVDG) (Nr. 119/2015) [1. Lesung: 3. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 11/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Offenlegung von Informationen betreffend die Emittenten von Wertpapieren (Nr. 126/2015) [1. Lesung: 3. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 9/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR-Durchführungsgesetz; EMIR-DG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 128/2015) [1. Lesung: 3. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 10/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Baugesetzes (Nr. 95/2015) [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 15/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Steuergesetzes, des Gesetzes vom 22. Oktober 1992 gegen den unlauteren Wettbewerb, des Rechtshilfegesetzes und weiterer Gesetze (Revision des Korruptionsstrafrechts und der vermögensrechtlichen Anordnungen) (Nr. 94/2015) [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 4/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2015 Nr. 313)
  Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Beschluss Nr. 293/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und da-

mit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWR und 83/349/EWG des Rates) (Nr. 140/2015)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 219/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/54/EU über Massnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen) (Nr. 3/2016)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Protokolle zur Änderung der Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Albanien bzw. Serbien in Bezug auf Handel und nachhaltige Entwicklung (Nr. 2/2016)
Den Protokollen wird zugestimmt.
- Protokoll vom 22. Juni 2015 über den Beitritt Guatemalas zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den zentralamerikanischen Staaten (Nr. 7/2016)
Dem Protokoll wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 213/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung Nr. 536/2014 EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG) (Nr. 13/2016)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abschlussbericht zum Projekt zur Sanierung des Landeshaushalts (Massnahmenpakete I – III) (Nr. 8/2016)
Der Abschlussbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Einbürgerungsgesuch Hadziavdic Nerima und Tarik
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Jastrzab Ute Birgit
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Klein Andrea
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch List Thomas
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Bankengesetzes (BankG), des E-Geldgesetzes (EGG), des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG), des Investmentunternehmensgesetzes (IUG), des Vermögensverwaltungsgesetzes (VVG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VersAG) sowie des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG) (Nr. 5/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des 25. Hauptstücks des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und die Totalrevision des Verfahrens in Bestandstreitigkeiten (Nr. 133/2015); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Reform des Namensrechts eingetragener Partner (Nr. 14/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über den Schutz, die Erhaltung und die Pflege von Kulturgütern (Kulturgütergesetz; KGG) (Nr. 6/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 6./7. April 2016
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7. April 2016
- Anfragen der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - gemeinsame Obsorge und den Leitfaden bei Trennung und Scheidung
  - Glyphosat
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Gesamtausgaben des Staates gemessen am BIP nach Aufgabengebiet für das Jahr 2014
  - Reinigungskräfte bei der Landesverwaltung
- Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  - Schulbautenstrategie
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften
- Anfrage der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Trennung von Kirche und Staat
- Anfragen des Stv. Abg. Patrick Risch:
  - Kriminalitätsrate bei Flüchtlingen und Asylbewerbern
  - Preis-Leistungs-Verhältnis des Internets in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Familie als Beruf
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Steuerentlastung von Einkommen in einer Aktiengesellschaft
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Entsendung von Arbeitnehmenden und Dienstleistungserbringern
  - CO_2-Reduktionen im Ausland
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Pumpspeicherkraftwerk Samina
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - Bildungsstrategie/Schulbautenstrategie
- Aktuelle Stunde: Lösungsmöglichkeiten zum Verkehrsproblem Liechtensteiner Unterland
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Initiativbegehren zur Abänderung des Familienzulagengesetzes
Das Initiativbegehren wird in Behandlung gezogen, seine Zulässigkeit bestätigt und zur Unterschriftensammlung zugelassen.
- Motion «Löhne in der Landeswährung – Ungleichbehandlung aufheben» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 3. März 2016
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat zum Zwecke des Bürokratieabbaus – Rechtsvorschriften mit Verfallsdatum und andere zielführende Systematiken der Abgeordneten Christoph

Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdisser-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 15. Februar 2016
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.

– Postulat «Wohneigentum für den Mittelstand» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 8. März 2016
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Wahl der Regelungskommission für die Mandatsperiode 2016 bis 2020
Die Regelungskommission wird wie folgt gewählt:
Präsident: Landrichter Mag.iur. Konrad Lanser, Riedgasse 19a, A-6850 Dornbirn
Vizepräsident: Landrichter lic.iur. Michael Jehle, Im Hasenacker 33, 9494 Schaan
Mitglieder: Arthur Büchel, Palduinstrasse 2, 9496 Balzers; Raimund Kieber, Im Lutzfeld 20, 9493 Mauren; Anton Schächle, Grasgarten 9, 9492 Eschen; Ingrid Kaufmann-Sele, Bahnstrasse 61a, 9494 Schaan;
Ersatzmitglieder: Philip Thöny, Altenbach 15, 9490 Vaduz; Albert Vogt, Gärten 1, 9496 Balzers
– Wahl der Landessteuerkommission für die Mandatsperiode 2016 bis 2020
Die Landessteuerkommission wird wie folgt gewählt:
Präsidentin: lic.iur. HSG Martina Altmann, Gapetschstrasse 97, 9494 Schaan
Vizepräsident: Dr. Thomas Nigg, Feldstrasse 72, 9495 Triesen
Mitglieder: Josef Büchel, Mühlegarten 19, 9491 Ruggell; Josef Hermann, Im Besch 8, 9494 Schaan; Daniel Wille, Drachenweg 18, 9496 Balzers
Ersatzmitglieder: Anton Frommelt, Litzistrasse 14, 9497 Triesenberg; Max Gross, Poska 18a, 9495 Triesen; Wilma Wohlwend, Gaschlieser 11, 9496 Balzers
– Wahl eines Ad-hoc-Vorsitzenden bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten für den Fall VBK 2016/09
Als Ad-hoc-Vorsitzender wird gewählt:
Martin Gassner, Bildgass 52, 9494 Schaan
– Wahl eines Ad-hoc-Senatsvorsitzenden beim Obergericht für einen Subsidiarantrag nach § 173 StPO
Als Ad-hoc-Senatsvorsitzender wird gewählt:
Dr. Reinhard Pitschmann, Rechtsanwalt, Werdenbergerweg 11, 9490 Vaduz
– Bericht über die Justizpflege der ordentlichen Gerichte für das Jahr 2015 (Nr. 19/2016)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 21/2016)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2015 der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2015 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2015 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2015 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2015 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Tätigkeitsbericht 2015 der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche (OSKJ)
Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Geldspielgesetzes (GSG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 137/2015) [1. Lesung: 4. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 20/2016); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abkommen vom 10. Juli 2015 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 18/2016)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Einbürgerungsgesuch von Bishing Tenzin Cholang
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
– Abänderung des E-Government-Gesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 16/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Festsetzung einer gesonderten Entschädigung für die Bearbeitung der Rechtssache zu 04 CG.2007.101/ Schreiben der Regierung vom 3. Februar (LNR 2016-133 BNR 2016/149)
Es wird beschlossen, auf Grundlage von Art. 26 Abs. 2 des Richterdienstegesetzes (RDG; LGBl. 2007 Nr. 347) eine Stundenpauschale von CHF 100 für die Erledigung des Verfahrens zu 04 CG.2007.101 durch Herrn Dr. Josef Fussenegger als Ad-hoc-Richter des Landgerichts gemäss Schreiben der Regierung vom 3. Februar 2016 (LNR 2016-133) festzusetzen.
– Wahl einer zweiten stellvertretenden Landgerichtspräsidentin für die Amtsdauer vom 1. Mai 2016 bis 30. April 2021
Als zweite stellvertretende Landgerichtspräsidentin wird gewählt:
  – lic.iur. HSG Diana Kind, Bühl 17, 9487 Gamprin
– Wahl eines zweiten Stellvertreters des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes für die Amtsdauer vom 1. Mai 2016 bis 30. April 2021
Als zweiter Stellvertreter des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
  – Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, A-6890 Lustenau
– Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 11./12./13. Mai 2016

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 11./12./13. Mai 2016
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. März 2016
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - unebener neuer Strassenbelag an der Ruggellerstrasse in Gamprin
- Anfrage der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Erfüllung der Schulpflicht für asylsuchende schulpflichtige Kinder
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Staatsbeitrag Private Universität Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  - Bürokratieaufbau beim Grundverkehr
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Steuerentlastung von Einkommen in einer Aktiengesellschaft
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Energieland Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Thomas Lageder:
  - Prämienverbilligung
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - anonymes Whistleblowing
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Ertragssteuern
  - Steuergesetz
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - kundenfreundliche Öffnungszeiten bei der Motorfahrzeugkontrolle
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Grundwasserschutzareal «Äule-Neugüeter» in Balzers
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - Entwicklung des liechtensteinischen Gesellschaftswesens
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Interpellationsbeantwortung betreffend den Schulbeginn am Morgen an den Weiterführenden Schulen (Nr. 24/2016)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Volksinitiative bez. erwerbsabhängige Krankenkassenprämien (Nr. 48/2016)
  Das Initiativbegehren wird in Behandlung gezogen, seine Zulässigkeit bestätigt und zur Unterschriftensammlung zugelassen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2016) (Nr. 32/2016)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Geschäftsbericht 2015 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil (Nr. 29/2016)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- FMA-Geschäftsbericht 2015 (Jahresbericht und Jahresrechnung) (Nr. 33/2016)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Revisionsbericht 2015 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 41/2016)
  Der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht werden zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2015 der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 27/2016)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 23/2016)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2015 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 47/2016)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Bankengesetzes (BankG), des E-Geldgesetzes (EGG), des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG), des Investmentunternehmensgesetzes (IUG), des Vermögensverwaltungsgesetzes (VVG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VersAG) sowie des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG) (Nr. 5/2016) [1. Lesung: 3. März 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 22/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Neuregelung des an die AHV ausgerichteten Staatsbeitrages sowie Massnahmen zur langfristigen Sicherheit der AHV (Nr. 108/2015); [1. Lesung: 3. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 40/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge sowie des Gesetzes über die Invalidenversicherung (Nr. 109/2015); [1. Lesung: 4. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 44/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Bauwesen-Berufe-Gesetzes und die Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 123/2015); [1. Lesung: 3. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 46/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG) (Nr. 134/2015); [1. Lesung: 4. Dezember 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 26/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes zur Einführung des Stimmrechts und des aktiven Wahlrechts Liechtensteiner Staatsangehöriger im Ausland (Nr. 110/2015); [1. Lesung: 6. November 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 45/2016); 2. Lesung

Der Abänderung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes wird nicht zugestimmt.
- Beschluss Nr. 39/2016 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte grosse Unternehmen und Gruppen) (Nr. 25/2016)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen zur Abänderung des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes und zur Annahme des Protokolls 8 über die Aufgaben und Befugnisse der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich der Finanzaufsicht (Nr. 39/2016)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Entwürfe des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (EBA), Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 (ESMA), Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 (EIOPA), Verordnung (EU) Nr. 1092/2010 (ESRB) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010) (Nr. 34/2016)
  Den Entwürfen wird zugestimmt.
- Entwurf eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter Alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010) (Nr. 35/2016)
  Dem Entwurf wird zugestimmt.
- Entwurf eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister) (Nr. 36/2016)
  Dem Entwurf wird zugestimmt.
- Entwürfe der Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen sowie dazu erlassene delegierte Kommissionsverordnungen und Durchführungsbeschlüsse der Kommission) (Nr. 37/2016)
  Den Entwürfen wird zugestimmt.
- Entwurf eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default SWAPS) (Nr. 38/2016)
  Dem Entwurf wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Huazhu Gebhard
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Franien und David Deerick Swanepoel
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Staatspersonalgesetzes, des Lehrerdienstgesetzes und des Besoldungsgesetzes (Nr. 31/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Arzneimittelgesetz; EWR-AMG) (Nr. 42/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schwerverkehrsabgabegesetz (SVAG) (Nr. 28/2016); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Sachenrechts und weiterer Gesetze sowie die Schaffung des Gesetzes über die amtliche Schätzung von Grundstücken und Gebäuden (Nr. 43/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 8./9./10. Juni 2016
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 8./9./10. Juni 2016
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7. April 2016
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - Schulgeld
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Standortstrategie 2.0
  - Couponsteuer
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Führerausweis für Senioren
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Förderung von Start-ups
  - Erwerb von Grundstücken in Liechtenstein durch Firmen
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  - gleich lange Spiesse für das Gewerbe
- Anfragen der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - S-Bahn
  - Schulsozialarbeit auf Kindergarten- und Primarschulstufe
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Ziel und Fahrplan S-Bahn FL.A.CH
- Anfrage des Stv. Abg. Manfred Kaufmann:
  - Prüfung liechtensteinischer Revisionsgesellschaften in der Schweiz
- Anfrage des Abg. Christoph Beck:
  - «Impuls Liechtenstein» des Regierungschefs
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - AHV-Beiträge auf Dividenden bei juristischen Personen
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
  - Aufweitung des Rheins
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:

  - GPS-Überwachung von Mitarbeitern im Aussendienst
  - agrarpolitischer Bericht
  - Alles Wurscht
  - Sicherheit und Vorsorge
  - geistige Nahrung
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Information betreffend die PUK «Liechtensteinische Post AG»
  Der Zwischenbericht der PUK in Sachen «Liechtensteinische Post AG» wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen an anerkannte Pensionskassen, Pensionsfonds und ähnliche Einrichtungen der beruflichen Vorsorge
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat «Arbeitnehmende über 50» der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 30. April 2016
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Wohneigentum für den Mittelstand» der Abgeordneten Manfred Batliner, Christoph Beck, Albert Frick, Rainer Gopp, Elfried Hasler, Erich Hasler, Johannes Kaiser, Frank Konrad, Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder, Violanda Lanter-Koller, Wolfgang Marxer, Eugen Nägele, Judith Oehri, Harry Quaderer und Christine Wohlwend vom 12. Mai 2016
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2017 (Nr. 56/2016)
  Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wird auf CHF 33 Mio. festgelegt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für den Bau eines Dienstleistungszentrums der LLV in Vaduz (Nr. 61/2016)
  Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 – 2021 (Nr.53/2016)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2015 (Rechenschaftsbericht 2015) (Nr. 30/2016)
  Der Rechenschaftsbericht sowie die Landesrechnung werden genehmigt.
- Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2015
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2015 der Finanzkontrolle [GB]
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2015 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 49/2016) [GB]
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 55/2016) [GB]
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2015 der Datenschutzstelle [GB]
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des 25. Hauptstücks des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und die Totalrevision des Verfahrens in Bestandstreitigkeiten (Nr. 133/2015) [1. Lesung: 3. März 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 67/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über den Schutz, die Erhaltung und die Pflege von Kulturgütern (Kulturgütergesetz; KGG) (Nr. 6/2016); [1. Lesung: 4. März 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 66/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abkommen vom 10. Juli 2015 zwischen Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die durch private Versicherungsunternehmen betriebene Elementarschadenversicherung (Nr. 54/2016)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2016 Nr. 187)
  Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Übereinkommen des Europarates und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen sowie die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Nr. 64/2016)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 92/2016 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Massnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union) (Nr. 71/2016)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Initiativbegehren zur Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen (FZG) («Familie und Beruf») (Nr. 73/2016)
  Dem Initiativbegehren wird zugestimmt und die Abhaltung einer Volksabstimmung beschlossen.
- Agrarpolitischer Bericht 2016 (Nr. 51/2016)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Steuergesetzes (Erhöhung der Mindestertragssteuer) (Nr. 63/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) (Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober

2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte grosse Unternehmen und Gruppen) (Nr. 58/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Bevölkerungsschutzgesetzes; 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) (Revision des GmbH-Rechts) (Nr. 68/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Reform des Verfahrenshilferechts (Teil 2: Verfahrensrechtliche Anpassungen) (Nr. 69/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution sowie die Verlagerung von Aufgaben der Stabsstelle für Chancengleichheit und des Ausländer- und Passamtes in das Amt für Soziale Dienste (Nr. 57/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderungen des Gesetzes über die Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBAG), des Gesetzes über die Liechtensteinische Landesbibliothek (LLBiG), des Gesetzes über das Liechtensteinische Landesmuseum (LLMG), des Gesetzes über die Liechtensteinische Musikschule (LMSG) sowie des Gesetzes über die «Kulturstiftung Liechtenstein» (LKStG) (Nr. 65/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 52/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Asylgesetzes (AsylG) sowie des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) (Nr. 70/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Wahl eines Landrichters
Als Ad-hoc-Richterin des Landgerichts für den Zeitraum 1. August 2016 bis 31. Juli 2017 wird gewählt:
  - Frau Mag. Claudia Hagen, Böckwies 11c, A-6841 Mäder
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 31. August 2016 und 1./2. September 2016

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 31. August und 1./2. September 2016
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 11./12./13. Mai 2016
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 8./9./10. Juni 2016
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Veröffentlichung von Gerichtsurteilen
  - Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Verschärfung des Sexualstrafrechts
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  - Aussenminister der deutschsprachigen Länder am 5. und 6. August zu Besuch in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - Gefahrgut
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Bau eines Dienstleistungszentrums der Liechtensteinischen Landesverwaltung in Vaduz
- Anfrage des Stv. Abg. Manfred Kaufmann:
  - strengere Governance-Vorschriften für öffentliche Unternehmen
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Verkehrsstudie Entwicklungskonzept Unterland
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - Türkei
- Anfrage der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Verlagerung Zollabfertigung von Buchs nach Schaanwald-Tisis
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Verordnungskompetenz der Regierung
  - Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Taxpunktwert in Liechtenstein per 1. Januar 2017
  - Wirtschaftlichkeitsverfahren im Gesundheitswesen seit dem 1. Januar 2013
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Strafmass bei sexuellem Missbrauch von Unmündigen
- Anfragen des Stv. Abg. Patrick Risch:
  - Neophytenbekämpfung in Liechtenstein
  - Entwicklungskonzept Liechtensteiner Unterland
  - Zollamt Schaanwald-Tisis
  - doppelte Staatsbürgerschaft
- Aktuelle Stunde: GRECO: Transparenz der Parteienfinanzierung
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulatsbeantwortung für einen soliden Zukunftsfonds sowie die Aufhebung des Gesetzes über die Bildung eines Zukunftsfonds (Nr. 88/2016); 1. Lesung
Die Postulatsbeantwortung wird im Rahmen der Eröffnung von der Traktandenliste abgesetzt.
- Initiativbegehren zur Einführung von erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien (Nr. 82/2016)
Dem Initiativbegehren wird nicht zugestimmt. Der Antrag auf Volksabstimmung wird abgelehnt.
- Interpellation zum Risiko Erwerbsarmut der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 22. Juli 2016
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Richters sowie einer Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes
Als Richter des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr lic.iur. Daniel Tschikof LL.M., Rechtsanwalt, Essanestrasse 91, 9492 Eschen

Als Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  – Frau lic.iur. et lic.oec. HSG Azra Dizdarevic-Hasic, Rechtsanwältin, Schützengasse 1, CH-8021 Zürich
– Wahl eines rechtskundigen Ad-hoc-Vorsitzenden bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten für das Verfahren VBK 2015/66
  Als Ad-hoc-Vorsitzender bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten für das Verfahren VBK 2015/66 wird gewählt:
  – Herr Martin Gassner, Bildgass 52, 9494 Schaan
– Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2016) (Nr. 90/2016)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
– Geschäftsbericht 2015 der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (Nr. 74/2016)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Finanzbericht 2015 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 75/2016)
  Der Geschäftsbericht und Finanzbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Staatspersonalgesetzes, des Lehrerdienstgesetzes und des Besoldungsgesetzes (Nr. 31/2016) [1. Lesung: 13. Mai 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 89/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Steuergesetzes (Erhöhung Mindestertragssteuer) (Nr. 63/2016) [1. Lesung: 9. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 77/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des E-Government-Gesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 16/2016) [1. Lesung: 7. April 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 76/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Reform des Namensrechts eingetragener Partner (Nr. 14/2016) [1. Lesung: 4. März 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 80/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Sachenrechts und weiterer Gesetze sowie die Schaffung des Gesetzes über die amtliche Schätzung von Grundstücken und Gebäuden (Nr. 43/2016) [1. Lesung: 13. Mai 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 81/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) (Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte grosse Unternehmen und Gruppen) (Nr. 58/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 52/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016 – Stellungnahme der Regierung (Nr. 95/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderungen des Gesetzes über die Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBAG), des Gesetzes über die Liechtensteinische Landesbibliothek (LLBIG), des Gesetzes über das Liechtensteinische Landesmuseum (LLMG), des Gesetzes über die Liechtensteinische Musikschule (LMSG) sowie des Gesetzes über die «Kulturstiftung Liechtenstein» (LKSTG) (Nr. 65/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 93/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-AMG) (Nr. 42/2016) [1. Lesung: 13. Mai 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 86/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus (SEV Nr. 196) vom 16. Mai 2005 (Nr. 50/2016)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
– Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2016/399 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (Kodifizierter Text) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (Nr. 84/2016); 1. und 2. Lesung
  Dem Notenaustausch wird zugestimmt, die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Österreichischen Bundesregierung zur Änderung des Abkommens zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Österreichischen Bundesregierung vom 1. Dezember 2010 betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein (Nr. 87/2016)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Grundsatzbeschluss betreffend die Entschädigung von Ad-hoc-Richtern, die Landrichter in ihrer einzelrichterlichen Funktion ersetzen (LNR 2016-135 BNR 2016/843)
  Der Grundsatzbeschluss wird gefasst.
– Einbürgerungsgesuch Alejandra Tatiana Nesensohn Avila
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
– Einbürgerungsgesuch Semir Abdi

Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 78/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP-Durchführungsgesetz; PRIIP-DG) sowie die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 79/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Steuergesetzes (Nr. 91/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes zur Sanierung und Abwicklung von Banken und Wertpapierfirmen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz; SAG) (Nr. 92/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Gesetzes über die Liechtensteinische Gasversorgung (LGVG) (Nr. 60/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über alternative Streitbeilegung in Konsumentenangelegenheiten und die Abänderung des Konsumentenschutzgesetzes (Umsetzung Richtlinie 2013/11/EU über die alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten) (Nr. 83/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz, POLG) (Sanitätsnotruf) (Nr. 94/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft, des Jagdgesetzes und des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 72/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personenbeförderungsgesetzes (Nr. 85/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 28./29. September 2016
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 28./29. September 2016
- Anfrage des Abg. Thomas Lageder:
  - Steuerprogression
- Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  - Verkehr im Unterland
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Umgang mit Steuergeldern
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Deklaration von Versicherungswerten
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Energiestrategie 2020
  - Die Crux der Kopfprämie
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Ärztemangel in Liechtenstein?
  - Senkung der Krankenkassenprämie 2017
- Anfrage der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - Lehre als Tierpräparator oder -präparatorin bei der Landesverwaltung
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - WhatsApp und Facebook
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Sozialbetrug
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Hundekurse
  - lebende Tote
- Interpellation zu den nachhaltigen Entwicklungszielen 2015 – 2030 (SDGs) der Vereinten Nationen der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 29. August 2016
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Richters sowie eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
  Als Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr Dr. Hilmar Hoch LL.M., Rechtsanwalt, Kirchstrasse 6, 9494 Schaan

  Als Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr Dr. Hugo Vogt, Rechtsanwalt, Landstrasse 11, 9495 Triesen
- Wahl von drei Ersatzrichtern des Obersten Gerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Obersten Gerichtshofes werden gewählt:
  - Herr Dr. Stefan Becker, Schimmelgasse 20, 9490 Vaduz
  - Frau Dr. Ingrid Brandstätter, Maximilianstrasse 4, A-6020 Innsbruck
  - Herr Prof. Dr. Anton Schnyder, Freiestrasse 15, CH-8032 Zürich
- Wahl einer stellvertretenden Senatsvorsitzenden des Obergerichts
  Als stellvertretende Senatsvorsitzende des Obergerichts wird gewählt:
  - Frau Dr. Petra Mayrhofer, Schüttweg 46, A-6800 Feldkirch
- Genehmigung eines Ergänzungskredites für die Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am «EWR-Finanzierungsmechanismus 2009 – 2014» (Nr. 102/2016)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Verpflichtungskredits für den Neubau des Stützpunktes des Liechtensteinischen Roten Kreuzes in Vaduz (Nr. 116/2016)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2016) (Nr. 109/2016)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Abänderung des Gesetzes über den Schutz der Bevölkerung (Bevölkerungsschutzgesetz; BschG) (Nr. 59/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 105/2016); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Revision des GmbH-Rechts) (Nr. 68/2016); [1. Lesung: 10. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 112/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Reform des Verfahrenshilferechts (Teil 2: Verfahrensrechtliche Anpassungen) (Nr. 69/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 113/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Asylgesetzes (AsylG) sowie des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) (Nr. 70/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 104/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abkommen vom 30. September 2015 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Fürstentum Andorra zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 96/2016)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 27. Juni 2016 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Island zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung (Nr. 97/2016)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 1. Oktober 2015 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 98/2016)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (MCAA-CbC), das Gesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (CbC-Gesetz) sowie die Abänderung des Steuergesetzes (SteG) (Nr. 99/2016); sowie Ergänzungs- und Abänderungsantrag zum Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag (Nr. 99/2016) betreffend die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (MCAA-CbC), das Gesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (CbC-Gesetz) sowie die Abänderung des Steuergesetzes (SteG) (Nr. 99A/2016); 1. Lesung
  Der Vereinbarung wird zugestimmt, die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Erlass des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (CRA-Durchführungsgesetz; CRA-DG) und des Gesetzes über die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 100/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beschluss Nr. 97/2016 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/23/EU über die Konzessionsvergabe; Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG; Richtlinie 2014/25/EU über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG) (Nr. 101/2016)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 89/2016 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG) (Nr. 106/2016)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Strafrechtsübereinkommen über Korruption vom 27. Januar 1999 und das Zusatzprotokoll zum Strafrechtsübereinkommen vom 15. Mai 2003 (Nr. 110/2016)
  Dem Übereinkommen sowie der von der Regierung vorgeschlagenen Erklärung wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes und des Ärztegesetzes (Nr. 103/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Tierärzte (Tierärztegesetz) und weiterer Gesetze (Nr. 111/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Ergänzung von Art. 483 PGR – Kleine Genossenschaft) (Nr. 107/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) (Nr. 108/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Aufhebung des Gesetzes über die Bildung eines Zukunftsfonds sowie die Postulatsbeantwortung für einen soliden Zukunftsfonds (Nr. 88/2016); 1. Lesung
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen, die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gemeindegesetzes sowie weiterer Gesetze (Polizeigesetz, Landesverwaltungspflegegesetz) zur Regelung der Gemeindepolizei (Nr. 114/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Markenschutzgesetzes sowie des Designgesetzes (Nr. 115/2016); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abänderung des Organismengesetzes (Nr. 117/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und des Baugesetzes (BauG) (Nr. 118/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Wahl eines stellvertretenden Regierungsrates für die restliche Laufzeit der Legislaturperiode
  Als stellvertretender Regierungsrat wird gewählt:
  - Herr Patrik Oehri, Auf der Egerta 16, 9498 Planken
- Ergebnis der Volksabstimmung vom 18. September 2016 zum Gesetz vom 9. Juni 2016 über die Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen (RA 2016/1258)
  Das Ergebnis der Volksabstimmung wird zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 2./3./4. November 2016

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. November 2016
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 31. August/1. September 2016
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Elfried Hasler:
  - Sparen bei den Krankenkassenprämien durch höhere Wahlfranchisen
  - Sparen mit tieferen Medikamentenpreisen
- Anfrage des Abg. Thomas Lageder:
  - schleichenden Austrocknung des Naturschutzgebietes «Ruggeller Riet»
- Anfrage der Abg. Christine Wohlwend:
  - Betriebsanerkennung in der Landwirtschaft
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - LIEmobil-Linie 36 – Strecke Gisingen und Ruggell
- Anfrage der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Inventar der Naturvorrangflächen
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  - Erfüllung erteilter Auflagen nach dem Grundverkehrsgesetz
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Arbeitslosenversicherung
  - EU-Bericht
  - Krankenkassenprämien beziehungsweise deren Gestaltung
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Rechtsextremismus
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Unterversorgung im Bereich der Gynäkologie in Liechtenstein
- Anfragen des Stv. Abg. Helmuth Büchel:
  - Verständigung durch Amt für Bau und Infrastruktur gemäss Art. 77 Baugesetz
  - neue Regelung bei der Zustellung von B-Post und unadressierten Werbesendungen
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  - Kontrollschild für Fahrradträger
- Anfrage des Abg. Erich Hasler:
  - Ernennung des neuen Personalchefs des Amts für Personal und Organisation
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Zustellung von B-Post
- Aktuelle Stunde (entfällt)
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Leistungsanalyse in der Landesverwaltung (Nr. 123/2016)
  Der Bericht der Regierung zur Leistungsanalyse in der Landesverwaltung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Überprüfung von Rechtsvorschriften mit Verfallsdatum und anderen zielführenden Systematiken zum Zwecke des Bürokratieabbaus (Nr. 124/2016)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen, das Postulat wird abgeschrieben.
- Postulatsbeantwortung betreffend Arbeitnehmende über 50 (Nr. 130/2016)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen, das Postulat wird abgeschrieben.
- Interpellation «Finanzausgleich – Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden» der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Öhri, Karin Rüdisser-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 8. September 2016
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2017) (Nr. 122/2016)
  Der Hochbautenbericht 2017 wird zur Kenntnis genommen.
- Bau und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein (Verkehrsinfrastrukturbericht 2017) (Nr. 132/2016)
  Der Verkehrsinfrastrukturbericht 2017 wird zur Kenntnis genommen.
- Finanzplanung 2017 – 2020 (Nr. 120/2016)
  Der Bericht der Regierung zur Finanzplanung 2017 – 2020 wird zur Kenntnis genommen.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2017 (Nr. 119/2016)
  Der Landesvoranschlag für das Jahr 2017 inkl. Nachträgen wird genehmigt. Dem Antrag gemäss BuA Nr. 119/2016 wird zugestimmt. Das Finanzgesetz wird in 1. und 2 Lesung beraten und verabschiedet und für dringlich erklärt.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 78/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 126/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verord-

nung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP-Durchführungsgesetz; PRIIP-DG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 79/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 127/2016); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Schaffung des Gesetzes zur Sanierung und Abwicklung von Banken und Wertpapierfirmen sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 92/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 133/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Steuergesetzes (Nr. 91/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 125/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Gesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (CbC-Gesetz) sowie die Abänderung des Steuergesetzes (SteG) (Nr. 99/2016 und 99A/2016) [1. Lesung: 28. September 2016] – keine Stellungnahme der Regierung; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution sowie die Verlagerung von Aufgaben der Stabsstelle für Chancengleichheit und des Ausländer- und Passamtes in das Amt für Soziale Dienste (Nr. 57/2016) [1. Lesung: 10. Juni 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 135/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet, dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Schaffung eines Gesetzes über alternative Streitbeilegung in Konsumentenangelegenheiten und die Abänderung des Konsumentenschutzgesetzes (Nr. 83/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 137/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz, POLG) (Sanitätsnotruf) (Nr. 94/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 129/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 194/2016 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2013/11/EU über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten) (Nr. 136/2016)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 121/2016 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Rückgabe von unrechtmässig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (Neufassung)) (Nr. 121/2016)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren (Nr. 134/2016); 1. und 2. Lesung
  Dem Fakultativprotokoll sowie der Erklärung gemäss BuA Nr. 134/2016 wird zugestimmt. Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Protokoll zur Abänderung des am 5. November 1969 in Vaduz unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der Fassung des am 29. Januar 2013 in Vaduz unterzeichneten Protokolls (Nr. 138/2016)
  Dem Protokoll wird zugestimmt.
- Protokoll zur Abänderung des am 29. Januar 2013 in Vaduz unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (Nr. 140/2016)
  Dem Protokoll wird zugestimmt.
- Notifikation der Partnerstaaten gemäss Abschnitt 7 Absatz 1 Buchstabe f der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Nr. 139/2016)
  Der Notifikation wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Einführung eines Bedrohungsmanagements) (Nr. 128/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Strafvollzugsgesetzes (Nr. 131/2016); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 30. November und 1./2. Dezember 2016

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 30. November und 1./2. Dezember 2016
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 28./29. September 2016
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Strafmass bei Wohnungseinbrüchen
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  - Reserven der Krankenkassen
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Tarmed und Höhe Taxpunktwert
- Anfrage des Stv. Abg. Manfred Kaufmann:
  - Finanzanlagen der Stiftung Personalvorsorge bei liechtensteinischen Banken
- Anfrage der Abg. Helen Konzett Bargetze:

  - Zukunft des Landesforstbetriebs
- Anfrage des Abg. Thomas Lageder:
  - eine Umfahrung bauen, die Österreich zu 50% bezahlen wird
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
  - Kita-Subventionierung
- Anfragen des Stv. Abg. Thomas Rehak:
  - Rechtsberatung der Regierung im Zusammenhang mit der PUK
  - Liechtenstein Marketing
- Anfragen des Abg. Rainer Gopp:
  - Arbeitsbewilligungen für Studenten
  - Strategie des Landesspitals im Kontext der demografischen Entwicklung
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Lohnhöhe im Vergleich zum Kanton St. Gallen
  - Frage an Frau Marlies Amann-Marxer
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Landessteuerkommission
  - Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten
  - Bestellung der neuen Leiterin im Amt für Statistik
- Aktuelle Stunde (entfallen)
- Bericht der PUK zur Post AG
- Postulatsbeantwortung betreffend Wohneigentum für den Mittelstand (Nr. 153/2016)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Risiko Erwerbsarmut (Nr. 161/2016)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Motion zur Neuregelung der Mutterschaftsversicherung der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 28. Oktober 2016
  Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Ersatzmitglieds der FMA-Beschwerdekommission
  Als Ersatzmitglied der FMA-Beschwerdekommission wird gewählt:
  - Herr Reinhold Zanghellini, Bardellaweg 24, 9494 Schaan
- Wahl des Datenschutzbeauftragten gemäss Art. 28a DSG
  Als Datenschutzbeauftragter wird gewählt:
  - Herr Dr. Philipp Mittelberger, Alte Churerstrasse 34, 9496 Balzers
- Gewährung eines Staatsbeitrags an die Förderstiftung MINT Initiative Liechtenstein für die Jahre 2017 bis 2021 (Nr. 148/2016)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für den Neubau der Sozialpädagogischen Jugendwohngruppe des Vereins für Betreutes Wohnen in Triesen (Nr. 155/2016)
  Dem Subventionsantrag wird zugestimmt.
- Verpflichtungskredit für die Ausrichtung von Fördermitteln an nationale Forschungseinrichtungen (Nr. 164/2016)
  Dem Verpflichtungskredit wird zugestimmt.
- Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge
  Das Schreiben der Regierung wird zur Kenntnis genommen und die erwähnte Motion wird abgeschrieben.
- Erlass des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (CRA-Durchführungsgesetz; CRA-DG) und des Gesetzes über die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 100/2016) [1. Lesung: 28. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 142/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Ergänzung von Art. 483 PGR – Kleine Genossenschaft) (Nr. 107/2016) [1. Lesung: 28. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 157/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) (Nr. 108/2016) [1. Lesung: 29. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 158/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gesetzes über die Liechtensteinische Gasversorgung (LGVG) (Nr. 60/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 154/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gemeindegesetzes sowie weiterer Gesetze (Polizeigesetz, Landesverwaltungspflegegesetz) zur Regelung der Gemeindepolizei (Nr. 114/2016) [1. Lesung: 29. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 165/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes und des Ärztegesetzes (Nr. 103/2016) [1. Lesung: 28. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 151/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Tierärzte (Tierärztegesetz) und weiterer Gesetze (Nr. 111/2016) [1. Lesung: 28. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 152/2016); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft, des Jagdgesetzes und des Beschwer-

dekommissionsgesetzes (Nr. 72/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 146/2016); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) (Nr. 85/2016) [1. Lesung: 1. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 145/2016); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Organismengesetzes (Nr. 117/2016) [1. Lesung: 29. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 141/2016); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und des Baugesetzes (BauG) (Nr. 118/2016) [1. Lesung: 29. September 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 156/2016); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Übereinkommen von Minamata über Quecksilber vom 10. Oktober 2013 (Nr. 149/2016)
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2016 Nr. 329)
Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Europäisches Übereinkommen vom 24. April 1986 über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit internationaler nichtstaatlicher Organisationen (Nr. 143/2016)
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Zweites Protokoll vom 26. März 1999 zur Haager Konvention von 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (Nr. 150/2016)
Dem Zweiten Protokoll wird zugestimmt.
- Kenntnisnahme der Eignerstrategien der Universität Liechtenstein, der Kunstschule Liechtenstein, der Liechtensteinischen Musikschule, der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein, der Agentur für internationale Bildungsangelegenheiten, des Liechtensteinischen Landesmuseums, des Kunstmuseums Liechtenstein, der Liechtensteinischen Landesbibliothek, der Kulturstiftung Liechtenstein und des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (Nr. 147/2016) (GB)
Die Eignerstrategien werden zur Kenntnis genommen.
- Kenntnisnahme der Eignerstrategie für die AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 162/2016) (GB)
Die Eignerstrategie wird zur Kenntnis genommen.
- Einbürgerungsgesuch Yumdrutsang Nyima Gönpo
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Bachmann Werner
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Köhler Friedrich Henning
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Meile Judith
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Meile Andreas
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 159/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Gerichtsgebührengesetzes (GGG) (Nr. 144/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung der Zivilprozessordnung, der Jurisdiktionsnorm, des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches und des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (Schiedsfähigkeit von Konsumentensachen) (Nr. 163/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG) (Nr. 160/2016); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Wahl des Landesausschusses
Der Landesausschuss wird wie folgt gewählt:
  - Landtagspräsident Albert Frick, im Verhinderungsfall Landtags-Vizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (gemäss Verfassung)
  - Abg. Herbert Elkuch
  - Abg. Wolfgang Marxer
  - Abg. Christoph Wenaweser
  - Abg. Christine Wohlwend
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Schliessung des Landtages
Der Landtag wird von Regierungschef Adrian Hasler im Namen des Erbprinzen geschlossen.

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Die unabhängige Finanzkontrolle, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, die Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle mit einem Personalbestand von 5 Stellen ist organisatorisch dem Landtag zugeordnet.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Im Rahmen ihrer Aufgaben prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, das Finanzgebaren und die Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, staatliche Finanzhilfen und Abgeltungen, das öffentliche Beschaffungswesen, interne Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie IT-Systeme hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, öffentliche Unternehmen, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen der Regierung im Zusammenhang mit Bildungs-, Forschungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, öffentlichen Unternehmen sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird nach der Behandlung durch den Landtag auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und zielgerichtete Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie gemeinsame Weiterbildungsaktivitäten stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Kernaufgaben der Datenschutzstelle (DSS) liegen in der Beratung, der Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Aufsicht und der Führung des Registers der Datensammlungen. Die Zahl der Anfragen ist im Berichtsjahr im Vergleich zum vergangenen Jahr erneut leicht rückläufig, bewegt sich aber weiterhin auf hohem Niveau. Die Anforderungen steigen weiterhin an. Dies vor allem im Hinblick auf die im Berichtsjahr verabschiedete Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), welche die bisherige Richtlinie, und damit auch die bestehende Gesetzgebung, wesentlich beeinflussen wird.

Allgemeines

Die DSS ist darum bemüht, die vorhandenen Ressourcen optimal einzusetzen. Im vergangenen Jahr wurden einzelne Beschlüsse zur Straffung von Ressourcen gefasst und unmittelbar umgesetzt. So wurden die 2012 definierten Schwerpunktbereiche dahingehend reduziert, dass die DSS neu nur noch die Themen Finanzplatz, Datensicherheit sowie Gesundheit und Soziales als prioritär behandelt. Das Thema Jugendliche wurde aufgrund fehlender Ressourcen von den Schwerpunktbereichen gestrichen. Die DSS wird sich zukünftig mehr an den «klassischen» Aufgaben des Staates orientieren.

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Im Berichtsjahr trat die DSGVO in Kraft. Als EWR-Mitglied wird diese auch in Liechtenstein anwendbar sein. Die DSGVO wird als «Quantensprung» im Datenschutzbereich bezeichnet. Mit der DSGVO werden Unternehmen stärker in die Pflicht genommen, aber auch bürokratische Regeln abgeschafft. Die Rechte von Betroffenen werden gestärkt, ebenso die nationalen Datenschutzbehörden. Auffällig ist das sehr strikte Bussregime bei Verstössen gegen die DSGVO bei Unternehmen. Die DSGVO wird auf Grund ihres räumlichen Anwendungsbereich für Unternehmen in Liechtenstein, die in der EU Waren und Dienstleistungen anbieten, sofort anwendbar sein. Diese Unternehmen sollten sich somit unbedingt auf die DSGVO vorbereiten.

Um diese Vorbereitung zu erleichtern, hat die DSS entsprechende Informationen auf der Internetseite veröffentlicht. Dabei geht es sich vor allem um Leitlinien der Artikel-29-Datenschutzgruppe zu den Themen Datenschutzbeauftragte, Recht auf Datenübertragbarkeit und federführende Behörde. Zudem wurde das Ergebnis eines Work-shops der Artikel-29-Datenschutzgruppe mit Interessenvertretern publiziert. Bei diesem Workshop wurden die Themen Datenschutzbeauftragte, Datenübertragbarkeit, Datenschutz-Folgeabschätzung und Zertifizierung diskutiert.

Die DSGVO wird auch Auswirkungen auf die DSS selbst haben (dies in Abhängigkeit der Übernahme der DSGVO in den EWR). Aus diesem Grund wurden bereits erste Schritte zur Vorbereitung getroffen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Datenschutzbehörden in Europa und die Vernetzung mit Institutionen und vor allem mit den Unternehmen in Liechtenstein wird insbesondere aufgrund der zuvor genannten DSGVO immer wichtiger.

Auf die DSGVO wird in diesem Bericht noch weiter vereinzelt eingegangen.

Beratung von Privatpersonen und Behörden

Die Beratung von Behörden und Privatpersonen (wozu vor allem Unternehmen wie auch private Personen gehören) ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 591 Anfragen ein, was ein leichter Rückgang zum Vorjahr bedeutet. Dies hat jedoch nichts mit einem abnehmenden Interesse für den Datenschutz zu tun. Die DSS konnte durch verschiedene Massnahmen erreichen, dass sich die Tätigkeiten mehr auf Qualität statt Quantität konzentrierten. So wurden beispielsweise weniger Vorträge und Schulungen durchgeführt. Zudem wurde durch die DSS regelmässig auf die Gebührenpflicht für Gutachten und Stellungnahmen hingewiesen.

Auffällig ist, dass nach wie vor Behörden die meisten Anfragen stellen. Das Niveau entspricht dem aus dem Vorjahr. Aus dem Bereich Industrie/Gewerbe/Dienstleistung ist weiterhin ein Anstieg zu verzeichnen. Im Gegenzug gingen die Anfragen von Medien seit 2014 um gut 50% zurück und Anfragen von Privatpersonen sind ebenso rückläufig. Anfragen von Gemeinden sind seit Jahren praktisch vernachlässigbar. Über die Gründe dieser Entwicklungen kann nur spekuliert werden. Der Bereich Industrie/Gewerbe/Dienstleistung zeichnet sich durch eine weiterhin steigende Sensibilisierung aus. Was Medien angeht kann nur festgestellt werden, dass es sehr oft öffentlichkeitswirksame Entwicklungen rund um den Datenschutz gibt. Und der Rückgang bei Privatpersonen mag damit zu tun haben, dass die gesetzlichen Durchsetzungsmöglichkeiten nach wie vor sehr beschränkt sind. Gemäss einem Vernehmlassungsbericht zur Änderung des Datenschutzgesetzes aus dem Jahr 2015 sollte die Datenschutzkommission abgeschafft, an unseren Kompetenzen jedoch nichts geändert werden.

Eine Einteilung der Anfragen in Sachgebiete ist nur ungefähr möglich, da eine Anfrage oft mehrere Themen betreffen kann.

	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Internationales	Landesverwaltung, Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine, Verbände	Total
Datenschutz allgemein	7	2	20		41	13	21	4	108
Arbeitsbereich	1	1	11		4		2	1	20
Datenbekanntgabe Inland	6	12	5		23	1	3	5	55
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	18		22	14	30		6		90
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	1		6		7	8	23		45
Gesetzesvorhaben					13				13
Gesundheit/Soziales				2	19	3	1		25
Keine Zuständigkeit DSS			3		1		2		6
Polizei/Sicherheit			1	1	7	11	1	1	22
Register der Datensammlungen	6		11		6			1	24
Schengen/Dublin				12					12
Technologischer Datenschutz		2	9	9	19	2	6	4	51
Umsetzung/Anwendung europäischen Rechts	11		7		6	4	2		30
Vernehmlassungen ohne Stellungnahmen					19				19
Videoüberwachung	7	2	24	7	7	2	14	3	66
Wirtschaft/Finanzen/ Gewerbe/Versicherungen			3		1		1		5
Gesamtergebnis	**57**	**19**	**122**	**45**	**203**	**44**	**82**	**19**	**591**

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen
Im Berichtsjahr wurden mehrere Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgegeben. Die Stellungnahmen betrafen die folgenden Vorhaben: Umsetzung der 4. Geldwäsche Richtlinie (Sorgfaltspflichtgesetz), Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates, Polizeigesetz (Integration des Notrufs 144), Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Einführung eines Bedrohungsmanagements), Gemeindegesetz, Gesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (CbC-Gesetz), Kommunikationsgesetz und Strafprozessordnung (Vorratsdatenspeicherung), Gesetz über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG), Schaffung eines Wirtschaftsprüfergesetzes (WPG) sowie Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 über Marktmissbrauch (EWR-Marktmissbrauchsverordnungs-Durchführungsgesetz; EWR-MDG).

Am aufwändigsten waren die Stellungnahmen zur Umsetzung der 4. Geldwäsche Richtlinie und dem damit verbunden Gesetz über das Verzeichnis mit Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer (Verzeichnis wirtschaftlicher Eigentümer), VWEG. Diese Vorhaben werden zu wichtigen Änderungen in der Praxis führen.

Stellungnahmen in hängigen Verfahren
Das Gesetz sieht vor, dass die DSS in hängigen Verfahren auf Ersuchen von entscheidenden Organen oder Rechtsmittelbehörden Stellungnahmen zu Datenschutzfragen einreichen kann. Von dieser Bestimmung wurde in den Vorjahren schon kaum Gebrauch gemacht. Im Berichtsjahr wurde die DSS um keine Stellungnahme gebeten. Diese Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur Rechtsprechung in Sachen Datenschutz abgeben zu können, wird von der DSS jedoch ausdrücklich begrüsst.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer
Im Berichtsjahr wurde die DSS in drei Fällen über Datenbekanntgaben in Drittstaaten unter der Verwendung von Standardvertragsklauseln informiert. Bei einer Meldung wurde die DSS gebeten, vorgängig die Übereinstimmung mit den Vorgaben der EU zu überprüfen, weil entsprechende Ergänzungen vorgenommen wurden. Diese entsprachen nicht den gesetzlichen Vorgaben. Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden nur sehr wenige Meldungen oder Anträge gestellt. Dies erstaunt angesichts der Internationalität der hiesigen Wirtschaft.

Aufsicht
Die DSS richtet zukünftig deren Fokus mehr auf den Bereich Aufsicht und wird vor allem dort kontrollieren, wo sich die Notwendigkeit dazu ergibt oder geboten ist.

Im Berichtsjahr wurden fünf Aufsichtsmassnahmen durchgeführt:

Das Amt für Statistik wurde im Zusammenhang mit der Volkszählung 2015 begleitet. Wie schon 2010 werden bei der Volkszählung zahlreiche Daten erhoben, wobei nicht sämtliche Daten direkt bei den Betroffenen erfragt, sondern teils aus Registern (z.B. aus dem ZPR) bezogen werden. Der Fokus lag auf der Zweckbindung sowie den organisatorischen Abläufen und Schutzmassnahmen.

Weiter wurde eine Beschwerde betreffend die Verwendung von Tablets im Unterricht in einer Primarschule bearbeitet. Es stellten sich hier vor allem Fragen betreffend die datenschutzkonforme Ausgestaltung und zur Notwendigkeit einer Einwilligung.

Aufgrund einer Anfrage wurde der vorhandene Passwortschutz der elektronischen Steuererklärung (eTax) geprüft.

Zudem liess sich die DSS von der Steuerverwaltung die Datenbearbeitung im Zusammenhang mit dem Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) vorführen.

Beim Ausländer- und Passamt wurde eine Nachkontrolle in Bezug auf das Schengener Informationssystem (SIS) abgeschlossen. Die Kontrolle wurde bereits 2014 durchgeführt. Eine zwingende Nachkontrolle verzögerte sich jedoch aus Ressourcengründen und wurde im Berichtsjahr nachgeholt.

Die Ergebnisse dieser Aufsichtsmassnahmen können im Tätigkeitsbericht 2016 nachgelesen werden.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen
Im Berichtsjahr sind neun Anträge auf Bewilligung einer Videoüberwachungsanlage eingegangen; acht Bewilligungen wurden abgeschlossen, eine war per Ende Jahr noch offen. Schliesslich wurden 20 Verfügungen für Verlängerungen bereits bewilligter Videoüberwachungen erstellt.

Führung des Registers der Datensammlungen
Dateninhaber haben die Pflicht, entweder ihre Datensammlungen bei der DSS anzumelden oder einen betrieblichen bzw. behördlichen Datenschutzverantwortlichen zu bezeichnen.

Zum Jahresende waren insgesamt 312 Datensammlungen von 67 Dateninhabern (30 Private, 8 Gemeinden und 29 Institutionen aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich) im Register aufgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 17 neue Datensammlungen im Register erfasst. Demgegenüber wurden 5 Datensammlungen aus dem Register entfernt.

Inhaber von Datensammlungen haben jährlich Änderungen im Bestand ihrer Sammlungen zu melden. Im Berichtsjahr gingen keine entsprechenden Meldungen ein.

Die Zahl der Datenschutzverantwortlichen stieg um 8 auf 146.

Die Liste der Datensammlungen und die Liste der Datenschutzverantwortlichen sind auf der Internetseite der DSS einsehbar.

Veranstaltungen und Schulungen (Information und Sensibilisierung)
Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 10. Datenschutztages wurde eine öffentliche Abendveranstaltung unter dem Titel «Verdatet und verkauft! – Wer bestimmt über mein digitales Ich?» organisiert. Über 120 Interessierte besuchten die Veranstaltung.

Es fand wiederum eine Veranstaltung für die Datenschutzverantwortlichen von Unternehmen statt, die ebenfalls sehr gut besucht war. Inhalt dieser Veranstaltung waren die Kernelemente der DSGVO sowie die ersten Schritte zur Umsetzung. Andere Themen betrafen den Datentransfer ins Ausland, die Kontrolltätigkeit der DSS und die Verleihung des ersten Datenschutzgütesiegels.

Unter dem Dach der Fachgruppe Medienkompetenz nahm die DSS an der LIHGA teil. Schwerpunkt war die Sensibilisierung betreffend der virtuellen Realität (VR). Ein Datenschutz-Quiz und weitere Materialen die an der LIHGA abgegeben wurden, können von der Internetseite der DSS heruntergeladen werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Medien
Zu verschiedenen Themen erfolgten Stellungnahmen in den Medien. Dazu gehörten vor allem Beiträge zur DSGVO sowie ein Interview betreffend die Vorratsdatenspeicherung. Der Europäische Gerichtshof äusserte sich Ende des Berichtsjahres erneut zur Vorratsdatenspeicherung und bestätigte das bereits bestehende Urteil aus dem Jahr 2014.

Im Rahmen der Mitarbeiterzeitung der Landesverwaltung wurden regelmässig Beiträge veröffentlicht.

Internetseite
Die Internetseite der DSS stellt die Plattform zur Information der Öffentlichkeit dar. Sie wird regelmässig und kostengünstig gepflegt.

Im Mittelpunkt der Veröffentlichungen stand auch hier die DSGVO. Es wurde eine eigene Rubrik geschaffen, unter der laufend die aktuellen Entwicklungen publiziert und darüber informiert werden.

Auf das erneute Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeicherung wurde ebenfalls hingewiesen.

Die Rubrik zum Thema «Selbstdatenschutz» wurde überarbeitet und aktualisiert.

Ein gemeinsam mit dem Schulamt erarbeitetes Merkblatt über den Datenschutz an Schulen wurde veröf-

fentlicht. Es gibt Erläuterungen und Hinweise, wie mit Personendaten in den öffentlichen und in den von der Regierung bewilligten privaten Schulen umzugehen ist.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Bau und Infrastruktur (ABI) und der Landespolizei wurde ein einheitlicher Internetauftritt zur Verwendung von Drohnen erstellt.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Die DSS ist in der ZPR-Kommission von Gesetzes wegen vertreten. In dieser Kommission nimmt die DSS eine aktive Rolle ein. Im Berichtsjahr fanden fünf Kommissionssitzungen statt. Der Schwerpunkt lag in der Auswertung der Protokollierung und der Diskussion betreffend die Datenqualität. Andere offene Punkte, wie beispielsweise die Anpassung der Verordnung über das ZPR oder die abschliessende Prüfung der Zugriffsberechtigungen, konnten nicht abgeschlossen werden. Die DSS drängte in der Kommission regelmässig darauf, dies nachzuholen. Im Übrigen wird auf den Beitrag der ZPR-Kommission zum Rechenschaftsbericht verwiesen.

In der Fachgruppe Medienkompetenz wirkte die DSS vor allem bei der Planung und Durchführung der LIHGA mit.

Die DSS wurde durch den Verein eHealth Liechtenstein kontaktiert und um Mitarbeit gebeten. Es ging dabei um die Frage, wie das Thema eHealth möglichst erfolgsversprechend behandelt werden kann. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Ministerium wurde ein Projekt zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens gestartet. Der Fokus der DSS richtete sich dabei darauf, dass der Datenschutz hier eine hohe Beachtung findet. Denn nur ein datenschutzkonformes und sicheres eHealth wird das notwendige Vertrauen der Bevölkerung geniessen können.

Die 4. Geldwäsche Richtlinie sieht unter anderem in jedem Mitgliedsstaat ein zentrales Register vor, in dem Angaben zu wirtschaftlichen Eigentümern von Gesellschaften oder sonstigen juristischen Personen gespeichert werden müssen. Dazu stellen sich verschiedene datenschutzrechtliche Fragen. Die DSS wurde in eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung möglicher Ausgestaltungsvarianten des Registers eingeladen, wobei sie sich vor allem für die Sicherstellung eines besonders hohen Standards der Datensicherheit einsetzte. Sie war auch in der Konsultationsgruppe zur Umsetzung der besagten Richtlinie vertreten (Revision SPG und Schaffung VWEG).

Die DSS begrüsst den Einbezug in Arbeitsgruppen, damit der Datenschutz berücksichtigt wird.

Internationale Arbeitsgruppen

Internationale und europäische Entwicklungen wie vor allem die DSGVO betreffen auch Liechtenstein. Es ist darum unerlässlich, dass sich die DSS mit diesen Entwicklungen befasst und sich mit ausländischen Datenschutzbehörden austauscht. In diesem Rahmen hat sich die DSS im Berichtsjahr im Wesentlichen mit folgenden Themen befasst:

Regelmässig nimmt die DSS den Sitzungen der Artikel-29-Datenschutzgruppe teil. Jedes Jahr finden fünf Sitzungen in Brüssel statt, wobei die DSS im Berichtsjahr lediglich an vier Sitzungen teilgenommen hat.

Zudem erfolgte eine Teilnahme an der Financial Matters Subgroup: Noch bevor die 4. Geldwäsche Richtlinie überhaupt in Kraft ist, schlug die Europäische Kommission vor, sie bereits zu ändern und zu verschärfen. Zentral aus Datenschutzsicht ist der öffentliche Zugang auf Daten von wirtschaftlich Berechtigten. In Abstimmung mit der Regierung nahm die DSS in der Financial Matters Subgroup der Artikel-29-Datenschutzgruppe teil, welche mit dieser Sache befasst war. In dieser Gruppe wurde durch die DSS der Zweifel an der Verhältnismässigkeit eines öffentlichen Zugangs zu Daten geäussert. Es soll durchaus ein Zugriff bei berechtigtem Interesse möglich sein, nicht aber ein Zugriff der breiten Öffentlichkeit. Im verabschiedeten Schreiben an die Kommission flossen die Beiträge der DSS mit ein. Dies zeigt, dass die DSS als kleine Datenschutzbehörde in Europa gehört wird.

Die Artikel-29-Datenschutzgruppe veröffentlichte verschiedene Papiere zur DSGVO, die weiter oben erwähnt sind.

Das EU-US Privacy Shield löste nach einem Angemessenheitsentscheid der EU-Kommission ab dem 1. August 2016 den Safe-Harbor ab, der im 2015 durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) als zentrale Grundlage für den Datenaustausch mit US-Unternehmen weggefallen ist. Unternehmen können seither den Datentransfer in die USA auf den EU-US Privacy Shield stützen.

An der Europäischen Datenschutzkonferenz war die DSGVO ebenfalls ein Thema. Es war speziell interessant, wie sich die verschiedenen Datenschutzbehörden in Europa auf die Grundverordnung vorbereiten. Synergien zu nutzen ist aufgrund der Ressourcensituation in der DSS sehr wichtig. Es wurde beispielsweise darüber informiert, wie die nordischen Länder Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island in der Vorbereitung zusammenarbeiten. Die DSS nutzte ihre Kontakte, um an wichtige und hilfreiche Informationen betreffend der Vorbereitung zu gelangen.

Ende 2015 wurde die DSS im Schengen-Bereich im Rahmen der Schengen-Evaluationen, die in den Mitgliedsländern durchgeführt werden, geprüft. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die DSS aus Ressourcengründen nicht mehr ihren Aufgaben nachkommen kann. Ein offizieller Bericht in Folge der Evaluation ging nach Kenntnis der DSS im Berichtsjahr nicht ein, so dass sich keine Änderungen ergaben.

In eigener Sache

Die Datenschutzverordnung wurde 2014 um eine Gebührenpflicht für Gutachten und Stellungnahmen erweitert. Hintergrund war eine Anregung im Landtag, ob bei

Tätigkeiten der DSS nicht Gebühren eingeführt werden könnten. Dies vor allem, um den beratenden Dienstleistungen der DSS etwas mehr Wert beizumessen und um eine kleine staatliche Einnahmequelle zu schaffen. Zur Festlegung des Stundensatzes (CHF 100 bis 500) hat die DSS interne Kriterien festgelegt. Dies hat im Berichtsjahr dazu geführt, dass Anfragen zurückgezogen oder wohl erst gar nicht gestellt wurden.

Wie beschrieben standen bereits im Berichtsjahr Arbeiten zur Vorbereitung der DSGVO im Vordergrund. Abnehmende Anfragen oder der Rückgang in der Berücksichtigung in Arbeitsgruppen der Regierung führten dazu, dass die Auswirkungen der DSGVO frühzeitig angegangen werden konnten. Die Vorbereitung der DSGVO wird zeit- und ressourcenintensiv werden. Es wird sehr wichtig sein, Kontakte zu anderen Datenschutzbehörden im EWR noch weiter zu intensivieren. Eine entsprechende Vorbereitung sollte auch durch die Unternehmen angegangen werden. Die DSS wird sie nach Möglichkeit dabei unterstützen.

Schliesslich ist zu hoffen, dass nach der Ende 2015 stattgefundenen Schengen-Evaluation endlich ein Schlussbericht eingeht und dass die DSS ihren Aufgaben im Schengen-Bereich wieder nachkommen kann.

Schlussbemerkung
Einzelheiten zu den aufgeführten Tätigkeiten können im Tätigkeitsbericht 2015 der DSS, welcher der Regierung und dem Landtag separat vorgelegt wird, nachgelesen werden.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsperson: Margot Sele

Rechtsgrundlage

1995 hat das Fürstentum Liechtenstein die UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK) unterzeichnet und sich damit verpflichtet, den Bestimmungen zur Umsetzung zu verhelfen. Um ein Monitoring betreffend die Umsetzung der Kinderrechte in Liechtenstein zu ermöglichen, wurde im Kinder- und Jugendgesetz (KJG), das am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Im Oktober 2009 wählte der Landtag Margot Sele zur Ombudsfrau für Kinder und Jugendliche. Sie hat die OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche aufgebaut und nimmt diese Aufgabe der Ombudsperson seit 7 Jahren, in zweiter Amtszeit wahr. Aufgrund des am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Gesetzes über den Verein für Menschenrechte in Liechtenstein (VMRG) ist die OSKJ nun neu unter dem Dach des Vereins für Menschenrechte (VMR) angesiedelt. Sie wird dort als neutrale und weisungsunabhängige Anlauf- und Beschwerdestelle in Kinder- und Jugendfragen sichtbar sein und bleiben. Um dies zu gewährleisten, ist im neuen Gesetz in einer Übergangsbestimmung festgehalten, dass die Ombudsperson ihre Tätigkeit bis zum Ende ihrer Amtszeit (d.h. bis Ende 2017) weiterführt, allerdings nicht mehr im Rahmen eines Vertrags mit dem Landtag, sondern mit dem VMR.

Gesetzlicher Auftrag
Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem (per 1. Januar 2017 neu angepassten) Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 98.

Allgemein zugängliche Anlaufstelle
Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion
Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen insbesondere bezüglich des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (UNKRK). Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben
Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um über die Kinderrechte und damit verbundene Themen zu informieren.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2016

Anlauf- und Beschwerdestelle
Im Berichtsjahr 2016 wurde die OSKJ- Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in 22 Fällen kontaktiert. Dabei ging es um Anliegen, Probleme, Anregungen und Fragen zu folgenden Kinder- und Jugendthemen:

Familie
- Jugendliche mit Schwierigkeiten innerhalb ihrer Familie
- Erziehungsfragen
- generationenübergreifende Familienstreitigkeiten, welche die Kinder belasten
- Familiennachzug
- psychische Erkrankung eines Elternteils
- finanzielle Unterstützung von Eltern kranker Kinder

Sexueller Missbrauch
- Fragen zur Begleitung/Beratung von Missbrauchsopfern und deren Familien
- Kritik am Vorgehen von Gericht und Staatsanwaltschaft (Gutachten, Terminierung, Zeugenbefragung)

Schule
- Entscheide/Vorgehen der Schulbehörden
- Kritik an Lehrpersonen
- Sonderschulbedarf
- Probleme junger Erwachsener im Studium

Obsorgesthematik
- unbefriedigende oder fehlende Besuchs- oder Betreuungsregelung
- Erschwerte Lösungsfindung bei Schul- und Erziehungsfragen infolge des Paarkonfliktes der Eltern

Je nach Problemstellung hat die Ombudsfrau mit den involvierten Stellen oder Behörden Kontakt aufgenommen, um sich ein Bild über deren Vorgehensweise zu machen. Zum Teil ist es gelungen, zwischen den Parteien zu vermitteln oder zu einer Lösung des Problems beizutragen. Weitere Ratsuchende wurden über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert und an die für ihr Problem zuständige Stelle weiterverwiesen. Um die Anonymität der Betroffenen zu wahren wird auf weitere Angaben verzichtet.

Öffentlichkeitsarbeit – Information über Kinderrechte
Die Ombudsperson leistet ihren Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit einerseits als Koordinatorin der Vernetzungsgruppe KINDERLOBBY LIECHTENTSTEIN in Zusammenhang mit deren Aktivitäten zum jeweiligen Jahresthema, stellt dazu aber auch eigene Nachforschungen an und geht auf aktuelle Themen ein. Zum Jahresthema 2016, «Mein Recht auf Schutz vor Gewalt und Missbrauch», veröffentlichte die Kinderlobby eine Beitragsreihe im Liechtensteiner Vaterland, in der Problembereiche im Zusammenhang mit dem Jahresthema aufgezeigt und Präventionsprojekte vorgestellt wurden. Bereits zum 6. Mal veranstaltete die Kinderlobby einen Anlass zum Tag der Kinderrechte am 20. November 2016, an dem zahlreiche Kinder mit ihren Familien sowie Personen aus Politik und Verwaltung teilnahmen.

Empfehlungen der Ombudsperson zum Jahresthema 2016, «Recht auf Schutz vor Gewalt und Missbrauch»
Im Laufe des Jahres hat sich die Ombudsperson einen Überblick über die Situation in Liechtenstein verschafft, indem sie bei Institutionen und Behörden nachgefragt und mit VertreterInnen diverser Fach- und Beratungsstellen gesprochen hat. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Liechtenstein im Bereich Prävention gut dasteht. Es gibt zahlreiche Projekte, Kurs- und Beratungsangebote. Sei es zu Mobbing, Cybergewalt, häusliche Gewalt, gewaltfreie Erziehung und auch im Bereich Sexueller Missbrauch. Verschiedene Kampagnen und Angebote wurden von staatlichen Stellen entwickelt, weitere sind aufgrund privater Initiativen, mit viel ehrenamtlichem Einsatz entstanden. Erheblicher Verbesserungsbedarf ist jedoch beim Umgang mit Fällen von Sexuellem Missbrauch zu orten. Diesbezüglich liegen zahlreiche Anliegen und Beschwerden von Betroffenen aber auch von Personen, die Betroffene beraten und begleiten vor. Aufgrund dessen empfiehlt die Ombudsperson die Schaffung einer Stelle, die von Sexuellem Missbrauch betroffene Familien durch diesen schwierigen Prozess hindurch begleitet und dabei die Fäden in der Hand hat. Alternativ zur Schaffung einer neuen Stelle könnte dieser Auftrag auch an eine bereits bestehende Institution vergeben werden. Weiter empfiehlt sie fachspezifische Supervision für Beratende, die Erstellung eines Leitfadens für Betroffene und für Fachpersonen, die Erarbeitung eines Verhaltenscodex und Interventionsleitfadens in Bezug auf Sexuelle Gewalt durch die Lehrerteams in Liechtensteins Schulen sowie die Einführung eines Eltern- und Erziehungsurlaubs und kostenloser Elternbildung im Hinblick auf die Förderung einer gewaltfreien Erziehung. Weiter weist sie auf die Wichtigkeit einer guten Vernetzung aller involvierten Fachstellen hin. Weitere Ausführungen dazu sind im Tätigkeitsbericht 2016 der Ombudsperson nachzulesen.

Vernetzung und Austausch mit Institutionen und Organisationen
Nebst der Vernetzungsarbeit im Rahmen der Koordination der KINDERLOBBY LIECHTENSTEIN hat sich die Ombudsperson im Laufe des Berichtsjahres mit verschiedenen Vertretern und Vertreterinnen von Organisationen, die sich mit Kinder- und Jugendthemen befassen zum Austausch getroffen und entsprechende Veranstaltungen besucht.

Seit 2011 engagiert sich die Ombudsfrau in der ARBEITSGRUPPE OBSORGE, die sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche eine verantwortungsvolle Elternschaft nach Trennung und Scheidung möglich machen, einsetzt. Zwei Jahre nach der Einführung der gemeinsamen Obsorge als Regelfall anlässlich der Revision des Kindschaftsrechts kann festgehalten werden, dass die Infra, die Fachstelle für Männerfragen und das Eltern Kind Forum – im Gegensatz zur Ombudsstelle – keinen Rückgang der an sie herangetragenen Fälle beobachten konnten. Auch wenn um die gemeinsame Obsorge nicht mehr gestritten werden muss, gibt es demnach noch genügend Konfliktpotential, z.B. im Bereich der Betreu-

ungsregelung. Der Verein für Mediation konnte keine Zunahme von Mediationen feststellen, weder freiwillige noch gerichtlich angeordnete. Aus Sicht des Frauenhauses hat sich durch die Einführung der gemeinsamen Obsorge die Problematik eher verschärft, wenn es um Fälle von häuslicher Gewalt geht. Die schriftliche Anfrage der Ombudsperson an das Fürstliche Landgericht vom 21. April 2016, in Form eines Fragenkatalogs in Bezug auf Entwicklungen, die man bei Gericht bisher beobachten konnte, ergab leider zu wenig konkrete Informationen.

Direkter Kontakt mit Kindern und Jugendlichen
Im Rahmen ihrer Ressourcen konnte die Ombudsfrau wiederum einige direkte Kontakte mit Kindern und Jugendlichen knüpfen.

Im Berichtsjahr informierte die Ombudsfrau junge Menschen anlässlich der «Konferenz der Kinder und Jugend» in Triesen über Kinderrechte, besuchte die JUBEL-Vollversammlung (Jugendbeteiligung Liechtenstein) und verfolgte die 1. Jugendsession, veranstaltet durch den Jugendrat Liechtenstein mit.

Mitwirkung im OK Menschenrechtsverein
Am 10. Dezember 2016, dem Tag der Menschenrechte, wurde in Vaduz der Verein für Menschenrechte in Liechtenstein (VMR) gegründet, gut einen Monat nachdem der Landtag am 4. November 2016 das Gesetz über den Verein für Menschenrechte (VMRG) verabschiedet hatte. Dies war möglich, weil sich bereits im Juni 2016 ein Organisationskomitee aus sieben der insgesamt 25 Nichtregierungsorganisationen formiert hatte, die sich 2015 mittels einer Petition aktiv für die Schaffung eines Vereins für Menschenrechte eingesetzt hatten. Die Amnesty International Gruppe Liechtenstein hatte dazu die Initiative ergriffen. Da die OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche ab 1. Januar 2017 neu unter dem Dach des VMR angesiedelt ist, hat die Ombudsperson ebenfalls im OK mitgearbeitet. Das Organisationskomitees hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Gründung des Vereins für Menschenrechte vorzubereiten und durchzuführen. Innert eines halben Jahres wurden ein Statutenentwurf für den Verein erarbeitet, Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand gesucht, die offizielle Gründungsversammlung vom 10. Dezember 2016 geplant und der anschliessende Festakt organisiert. Sobald der VMR über eine Geschäftsstelle und Büroräumlichkeiten verfügt, wird auch die OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche dort zu finden sein.